

Die Faust im Schoß geballt? Warum der „offene Brief aus Forschung und Lehre“ zum Sommersemester 2020 als „Nichtsemester“ ins Leere geht

Seit einigen Tagen zirkuliert im Internet ein offener Brief, der die Forderung erhebt, dass das Sommersemester 2020 ein „Nichtsemester“ werden muss. Dieser Brief wurde bisher von über 1300 ProfessorInnen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen unterschrieben (darunter auch eine Reihe von KollegInnen der Goethe-Universität), von denen viele sicher unterschrieben haben, weil ihnen die Belange unserer Studierenden am Herzen liegen. Tatsächlich kommt dieser Brief – trotz aller guten Intentionen – aber zumindest teilweise einer Selbstentmündigung von Forschung und Lehre gleich und transportiert eine für die Universität fatale Botschaft in die Gesellschaft.

Warum geht dieser Brief ins Leere?

Die im Brief umrissene Ausgangslage für das Sommersemester 2020 ist ganz offensichtlich richtig: reguläre Studienbedingungen wird es aller Voraussicht nicht geben, wichtige Infrastrukturen (wie Bibliotheken) sind im Augenblick und möglicherweise auf längere Zeit nicht nutzbar, und an deutschen Universitäten fehlt es vielfach an Erfahrungen im Umgang mit digitaler Lehre.

Wie so oft macht aber auch hier der Ton die Musik: während der Brief völlig zu Recht dazu aufruft, „das Sommersemester 2020 nicht als ‘business as usual’ laufen zu lassen“, ist er selbst von einer hochschulpolitischen Attitüde des „business as usual“ geprägt, die kaum über den Tellerrand der Universitäten hinausreicht und auch in der jetzigen Situation nur Zumutungen für das System Universität auszumachen vermag. Während um uns herum Hunderttausende Menschen ihre Jobs und Millionen ihr Einkommen (oder zumindest wichtige Teile davon) verlieren, während unzählige MitarbeiterInnen im Gesundheitssystem jeden Tag ihre Gesundheit und möglicherweise auch ihr Leben aufs Spiel setzen, während überall in der Gesellschaft jeden Tag aufs Neue ausgelotet wird, wie sich Normalität unter schwierigen bis unmöglichen Bedingungen aufrechterhalten lässt, beginnt der offene Brief mit einer Selbstbespiegelung, deren routinierte Klagerhetorik an Peinlichkeit kaum zu überbieten ist: „Unser Alltag, auch und gerade die Arbeit als Forschende und Lehrende wird davon massiv tangiert – auf Weisen, die von niemandem zuverlässig eingeschätzt werden können, weder zeitlich noch qualitativ“.

Natürlich ist dieser Satz völlig richtig – und geht doch fatal ins Leere: ganz abgesehen davon, dass an dieser Stelle etwas mehr Sprachsensibilität wünschenswert gewesen wäre (zumindest Philologen sollten um die unheilvolle Geschichte des „Einschätzens“ wissen), suggeriert die Klage über das Fehlen zeitlich und qualitativ zuverlässiger Alltagsbedingungen, dass Universität eben nur unter eben solchen Universität sein kann – ein Armutszeugnis für eine Einrichtung, die ihrem Selbstverständnis nach vom Quer- und Vorausdenken lebt und in besonderer Weise befähigt sein sollte, auch unter ungewöhnlichsten Bedingungen kreative Lösungsansätze zu finden.

Diese paradoxe Doppelstruktur einer Argumentation, die sich für die Schwachen (sozial benachteiligte Studierende und Angehörige des akademischen Mittelbaus) in die Bresche wirft und gleichzeitig die Zumutungen „irregulärer“ Verhältnisse beklagt, durchzieht den gesamten Brief. Immer wieder gilt: was angeführt wird, ist richtig und geht gleichzeitig ins Leere. Natürlich trifft es zu, dass die Organisation neuer (vor allem digitaler) Unterrichtsformen „zusätzlichen Aufwand für Lehrende und Verwaltung“ bedeutet und dass „der erhöhte organisatorische und kommunikative Aufwand für alle Beteiligten [...] unbedingt berücksichtigt werden muss“, aber wen sollen solche Sätze eigentlich in Zeiten erreichen, in denen dieser Aufwand überall in der Gesellschaft nicht nur „erhöht“ ist, sondern unzählige Menschen an den Rand des Erträglichen – und oft genug darüber hinaus – belastet? Was bitte sollen wir der – faktisch richtigen – Klage entnehmen, dass „eine einwandfreie zuverlässige, auch justiziable Verwendung“ technischer Infrastrukturen „womöglich nicht garantiert werden“ kann, wenn überall in der Gesellschaft, vor allem aber im Gesundheitssystem, „einwandfrei zuverlässige“ Systeme längst nicht mehr existieren? Wie will denn eine Universität mit der Gesellschaft kommunizieren, die sich nur um ihre eigene Ordnungsmäßigkeit und Justiziabilität zu sorgen scheint, und inmitten der größten Krise seit Menschengedenken Forderungskataloge entwirft, zu denen die „Aussetzung strenger Deputatsberechnungen“ gehört?

Wo bleibt die Verantwortung gegenüber einer großen Zahl von Studierenden und MitarbeiterInnen, die von ihren Universitäten völlig zu Recht erwarten, dass sie sich den Herausforderungen stellen und ein Sommersemester möglich machen – unter Bedingungen und in Formen, die Lehrende wie Studierende mit Sicherheit so noch nicht erlebt haben? Natürlich ist es völlig richtig, dass „ein klares Signal an Studierende und Lehrende gesendet werden“ muss, „dass die Institutionen sich der außerordentlichen Situation voll bewusst sind“. Solche Sätze drehen aber leer, wenn sie nur im Modus des Appells an andere formuliert werden, und die zentrale Herausforderung dieser Tage – kreative Lösungen zu finden und Verantwortung für die eigenen Angelegenheiten zu übernehmen – in den Hintergrund rücken.

Der richtige Kern des offenen Briefs – dass das kommende Sommersemester natürlich kein „business as usual“ sein kann und wird – wird in der Presseerklärung der Hochschulrektorenkonferenz vom 24.3.2020 völlig richtig umrissen:

Prüfungs- und Abschlussmöglichkeiten wollen wir so umfassend wie möglich eröffnen und rechtssicher gestalten. Wir müssen aber unbedingt der Tatsache Rechnung tragen, dass viele Prüflinge sich derzeit nur unter erschwerten Bedingungen vorbereiten können und dass Präsenzlehrveranstaltungen und Prüfungen trotz aller Anstrengungen nur zum Teil durch digitale Formate ersetzt werden können. Dies darf den Betroffenen nicht zum Nachteil gereichen. Ein Nachteilsausgleich, etwa durch Nicht-Anrechnung des Semesters auf die Regelstudienzeit oder durch die Verschiebung von Prüfungszeitpunkten, ist für alle Studierenden, besonders aber für sozial schwächere oder durch Pflege und Erziehung gebundene Studierende überaus wichtig. Wir müssen auch an die Medizin-Studierenden denken, die jetzt die Kliniken unterstützen. Die Bundesre-

gierung hat dankenswerterweise bereits eine entsprechende Regelung für das BAföG getroffen.

Weiter heißt es in der Presseerklärung:

Im Sinne der Studierenden, Lehrenden und Forschenden darf dies kein verschenktes Semester sein. Alle Anstrengungen der Hochschulen zielen darauf ab, den Wissenschaftsbetrieb möglichst umfassend fortzuführen. Das heißt, für Studierende muss diese Zeit als Studienzeit gelten, wenn sie dies wollen. Und für Lehrende und Forschende dürfen in ihrer Biografie keine Lücken bei Lehrerfahrung oder Forschungsleistung entstehen.

Das ist der springende Punkt: für die Studierenden, die dies wollen und brauchen, und für die Lehrenden und Forschenden in der Qualifikationsphase, die dies wollen und brauchen, müssen wir ein Sommersemester organisieren, das eben kein „Nichtsemester“ sein darf. Der gut gemeinten, aber letztlich hohlen Phrase am Ende des offenen Briefs („Die solidarische Bewältigung der COVID-19-Pandemie hat oberste Priorität [...] Ein Semester kann warten“) müssen wir die Einsicht entgegenstellen, dass der solidarische Beitrag der Universität genau darin liegt, nicht zu warten, sondern ein Semester zu organisieren, wie wir es alle noch nicht erlebt haben. Das sind wir der Gesellschaft, unseren Studierenden und Mitarbeiterinnen, und uns selbst schuldig.

Ich kenne eine Reihe der Kolleginnen und Kollegen, die diesen Brief bisher unterschrieben haben, persönlich; ich schätze ihre wissenschaftliche und hochschulpolitische Kompetenz und es liegt mir fern, ihre ernsthafte Besorgnis um andere in Frage zu stellen. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass wir so schnell wie möglich über den Modus und die Agenda dieses Briefes hinausgehen und die Bewältigung der gewaltigen Aufgaben, vor denen die Universitäten nicht nur im kommenden Sommersemester stehen werden, in die eigenen Hände nehmen müssen.

Prof. Dr. Frank Schulze-Engler
Dekan des Fachbereichs Neuere Philologien
der Goethe-Universität Frankfurt